

„Flüchtende kommen ohne Grund nach Deutschland“

Menschen fliehen aus unterschiedlichen Gründen, beispielsweise, weil sie Verfolgung wegen ihrer Religion, Nationalität oder politischen Überzeugung ausgesetzt sind oder weil in ihrem Herkunftsland Krieg herrscht. Diesen Menschen gilt unsere Solidarität. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Thüringen aufgenommen werden und diskriminierungsfrei sowie menschenwürdig leben können. Grundsätzlich sollten alle Menschen, deren menschenwürdiges Leben bedroht ist, in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt werden, auch wenn sie ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden oder in ihrem Herkunftsland Bürgerkrieg herrscht.

„Wir können nicht alle aufnehmen“

Die deutschen Behörden prüfen sehr penibel, wer als Flüchtling anerkannt wird und wer nicht. Neben der Rechtsstellung als Flüchtling, kann zudem anerkannt werden, dass ihnen bei Rückkehr in ihr Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht, beispielsweise eine drohende Todesstrafe, oder Verfolgung wegen ihrer sexuellen Orientierung, dann erhalten sie den sog. subsidiären Schutz. Auch Menschen, welche an einer lebensbedrohlichen Krankheit leiden, welche sich im Herkunftsland nicht heilen lässt, sollten bleiben dürfen. Das sind aber bei Weitem nicht alle. Weltweit wird die Zahl von Geflüchteten auf 100 Millionen geschätzt. In Deutschland kamen im Jahr 2022 etwa 200.000 Flüchtende an. Es geht also gar nicht darum alle aufzunehmen, sondern einen Beitrag zu leisten.

„Aktuell kommen besonders viele Flüchtende nach Deutschland“

Die Zahl der Asylanträge im Jahr 2022 und 2023 ist deutlich geringer als in den Jahren 2015 und 2016. In diesen Zahlen sind Menschen, welche aus der Ukraine vor dem russischen Angriffskrieg geflohen sind, nicht enthalten, da sie keinen Asylantrag stellen müssen. Der zentrale Verwaltungsaufbau im Migrationsbereich erweckt den Eindruck, dass eine große Anzahl von Geflüchteten gleichzeitig ankommt. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen dezentral und in Wohnung untergebracht werden und so selbstständig leben können. Die Landesregierung stellt den Kommunen daher Mittel zur Unterbringung von Geflüchteten bereit. Um dem Problem langfristig begegnen zu können werden nun vom Bund mehr Mittel zur verbesserten Unterbringung und zum Ausbau der Infrastruktur benötigt. Hier wäre zum Beispiel eine pro Kopf Pauschale für jede:n Geflüchtete:n, der:die ein Bundesland respektive die Kommune aufnimmt, eine zielführende Lösung, weil so nicht ständig neu verhandelt werden müsste, ob der Bund die Länder und Kommunen finanziell entlastet, sondern ein stetiger Geldfluss Planungssicherheit gewährleistet.

„Thüringen schafft es nicht, Menschen abzuschieben“

Zuerst ist festzustellen, dass im Jahr 2022 ganze 72 Prozent aller Asylanträge positiv beschieden wurden. Das bedeutet, dass den meisten Flüchtenden ein Schutzstatus anerkannt wurde. Die tatsächliche Anzahl an Menschen, die „unmittelbar ausreisepflichtig“ sind, macht gerade einmal 1,64 Prozent der Gesamtanzahl Geflüchteter aus. Wer also behauptet, mit Abschiebungen ein vermeintliches Problem lösen zu können, fischt im Trüben und produziert lediglich eine Scheindebatte. Menschen ohne Aufenthaltsstatus können aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden. Beispielsweise weil sie eine Berufsausbildung absolvieren, sie schwer krank sind oder sie nahe Familienangehörige in Deutschland haben. Das sind sehr gute Gründe, um Menschen nicht auszuweisen, stattdessen sollten wir die Bedingungen für ihre Integration verbessern. Wir setzen uns für ein Bleiberecht für Personen ohne Pass und ein Ende ihrer Sanktionierung ein. Denn Staatenlosigkeit hat viele Gründe, wie Krieg, Unterdrückung oder Diskriminierung.

„Thüringen braucht Abschiebezentren“

In Thüringen wird aktuell die Forderung nach sog. Abschiebezentren laut. Diese sind strikt abzulehnen, denn sie bedeuten in der Regel Isolation, Entrechtung und Ausgrenzung für besonders vulnerable Personen. In der Vergangenheit sollten mit den „AnkER-Zentren“ bereits ähnliche Stellen geschaffen werden. Diese konnten nach einer Evaluation des Bundesamtes für Migration ihre Zielstellung, Verfahren zu beschleunigen, allerdings nicht erfüllen. Stattdessen gilt es ein menschenwürdiges Ankommen und einen fairen Asylprozess zu gewährleisten.

„Geflüchtete lassen sich die Zähne machen“

Der CDU Vorsitzende ist zuletzt mit rassistischen Aussagen zur zahnmedizinischen Versorgung von Geflüchteten aufgefallen. Dazu ist vorerst festzustellen, dass diese Aussagen falsch sind, denn bei Geflüchteten wird in der Regel nur eine grundlegende Akutversorgung übernommen, welche eine Schmerzbehandlung umfasst und wir keinem Menschen vorenthalten dürfen. Viel mehr entspringen die bestehenden Versorgungslücken dem renditeorientierten Gesundheitssystem. Zudem müssen Menschen auch wegen der Zwei-Klassen-Medizin lange auf Termine warten.

„Geflüchtete sollen nur noch Sachleistungen bekommen“

Immer wieder wird die Forderung laut, Sachleistungen statt Geldleistungen auszahlend. Diese ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen: Vor allem beschneiden sie Geflüchtete darin, ein eigenständiges und unabhängiges Leben zu leben und machen dieses nur schwerer sowie komplizierter. Die Unterstellung, dass Menschen nach Deutschland kommen würden, um die Geldleistungen danach in ihre Herkunftsländer zu überweisen, ignoriert die schwerwiegenden Fluchtgründe und schwierigen Fluchtrouten.

Zusätzlich würden Sachleistungen die Versorgung von Geflüchteten deutlich verkomplizieren und die Kommunen weiter belasten, denn diese müssten den Aufwand erbringen. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund hält eine generelle Umstellung auf Sachleistungen nicht für zielführend.

„Flüchtende kommen nach Deutschland, weil sie angelockt werden“

Neben vermeintlich hohen Geldleistungen wird auch die Seenotrettung im Mittelmeer und weiteres als „Pull-Faktoren“ dargestellt, welche Menschen nach Deutschland „ziehen“ würden. Die Realität sieht allerdings anders aus, denn Menschen, die bspw. vor einem Krieg fliehen, suchen sich das Zielland nicht wie in einem Katalog aus. Die Migrationsforschung hat den Mythos ebenfalls widerlegt: Es gibt verschiedene Gründe, wieso Menschen sich ein Zielland aussuchen, bestehende persönliche Beziehungen oder die Sprache etwa haben einen viel größeren Einfluss darauf.

Thüringen braucht einen „Spurwechsel“

Unsere LINKE Perspektive beinhaltet den Spurwechsel: Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben, welcher entweder abgelehnt wurde oder welchen sie zurückgezogen haben, sollen die Möglichkeit bekommen eine Aufenthaltserlaubnis als Arbeitnehmer:innen zu bekommen. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und auch Arbeitgeberverbände sprechen sich für diese Möglichkeit aus, denn sie ermöglicht die frühzeitige Integration in Ausbildung und Arbeit. Statt Abschottungsdebatten müssen wir Teilhabe schaffen, das verbessert die Situation auf allen Seiten.

Kontaktmöglichkeit bei Rückfragen:
fraktion@die-linke-thl.de

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag